

319/I

K. N. V.

Anfrage

des

Abgeordneten Rittinger und Genossen an den Herrn Staatskanzler, den Herrn Staatssekretär des Innern und den Herrn Staatssekretär für Heereswesen, betreffend terroristische Straßendemonstrationen der Arbeiterschaft und Volksmehr in Wiener Neustadt, Mödling und Liesing.

In den letzten Tagen veranstaltete die sozialdemokratisch organisierte Arbeiterschaft in den Orten Wiener Neustadt, Mödling und Liesing politische Demonstrationen, angeblich zum Schutze der Republik, bei denen Reden der gehässigsten Art gegen die Bürgerschaft gehalten und dieser ganz offen mit Terrorakten gedroht wurde. Bezeichnend für die Auffassung dieser Demonstranten über die politische Freiheit aller Bürger ist es, daß in keinen dieser Orte auch nur irgendeine republikfeindliche Kundgebung stattgefunden hat. Nichtsdestoweniger wurde auf Grund von erfundenen Nachrichten über antirepublikanische Bestrebungen die Arbeiterschaft zum Kampfe gegen die Bürgerschaft aufgerufen, aus ihren Arbeitsstätten herausgeführt, ja sogar die Lehrlinge aus der gewerblichen Fortbildungsschule (Mödling) vor Beendigung des Schulunterrichts abgeholt und zu den Demonstrationen kommandiert. Die bei diesen Demonstrationen von sozialdemokratischen Führern und Abgeordneten gehaltenen Reden klangen in den Schlachtruf und die Drohung von Repressalien gegen die Bürgerschaft aus. In Mödling versuchte die Demonstrationsmenge unter dem Eindrucke der gehaltenen Reden die Wohnungen der Abgeordneten Dr. Schürff und Ségur zu erstürmen, um sich dieser Personen bemächtigen zu können. An dieser Demonstration beteiligten sich auch die Volkswehrleute, doch kann diese Beteiligung nicht als eine private politische Betätigung derselben angesehen werden, weil sie, wie in Liesing und Mödling, mit Waffen (Karabinern, Maschinengewehren, scharfer Munition sowie Munition auf eigenen Tragtieren) in geschlossenen Reihen teil-

nahmen. Diese Teilnahme mit Waffen und Munition erfolgte gegen den ausdrücklichen Befehl des Landesbefehlshabers nur zum Zwecke, um den Demonstrationen den beabsichtigten drohenden Charakter zu verleihen.

Da über dieses Vorgehen der Arbeiterschaft die stets auf Ruhe, Ordnung und Arbeit bedachte Bürgerschaft mit Recht auf das höchste entrüstet ist und sich in ihrer bürgerlichen und politischen Bewegungsfreiheit durch solche demokratiefeindliche Exzesse begreiflicherweise bedroht sieht, stellen die Befürworter an die Regierung folgende Anfragen:

„1. Was gedenkt der Herr Staatskanzler und der Herr Staatssekretär des Innern zu veranlassen, um derartige Bedrohungen der friedliebenden Bürgerschaft künftighin unmöglich zu machen?

2. Ist die Regierung bereit, den Veranlassern solcher wilder Straßendemonstrationen und Hatzjagen auf die Bürgerschaft einzuschärfen, daß damit weder dem Ansehen unseres Staates im Auslande geholfen noch auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Republik gestärkt wird?

3. In welcher Weise gedenkt der Herr Staatssekretär für Heereswesen das pflichtwidrige Vorgehen der Volkswehrdemonstranten zu bestrafen? Hat er veranlaßt, daß solche sich über Befehle des Landesbefehlshabers hinwegsetzende Personen von der Aufnahme in die künftige Wehrmacht ausgeschlossen werden?“

Wien, 24. März 1920.

Größbauer.
Dr. Angerer.

J. Mayer.
Müller-Guttenbrunn.

Oleffin.
E. Kraft.
Dr. Dinghofer.

Rittinger.
Dr. Straßner.
Pauly.